

Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal

1. Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2013
 - 1.1 Bilanz zum 31. Dezember 2013
 - 1.2 Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013
 - 1.3 Anhang für das Geschäftsjahr 2013
2. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013
3. Darlehensverbindlichkeiten zum 31. Dezember 2013
4. Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Bilanz zum 31. Dezember 2013							
Aktiva	31.12.2013 EUR	31.12.2013 EUR	Vorjahr TEUR	Passiva	31.12.2013 EUR	31.12.2013 EUR	Vorjahr TEUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
<u>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</u>							
- EDV-Software		53.139,78	42,9	1. Stammkapital	12.782.297,03		12.782,3
				2. Kapitalrücklagen	4.101.748,88		4.101,7
<u>II. Sachanlagen</u>				3. Verlustvortrag	-809.593,25		-844,7
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschl. der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	29.002.588,79		29.613,8	4. Jahresfehlbetrag/ -überschuss	<u>-363.263,28</u>	15.711.189,38	35,2
2. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	2.272.755,96		2.157,5	B. Sonderposten aus Zuschüssen und Zuweisungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens			
3. Fahrzeuge	52.022,00		71,4	1. Sonderposten aus öffentlichen Fördermitteln für Investitionen	20.142,43		
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>34.357,34</u>	31.361.724,09	42,8	2. Sonderposten aus nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen	<u>399.746,19</u>	419.888,62	352,3
<u>III. Finanzanlagen</u>				C. Rückstellungen			
- Anteile an verbundenen Unternehmen		132.177,24	132,2	1. Pensionsrückstellungen	690.106,00		552,7
				2. Sonstige Rückstellungen	<u>752.154,32</u>	1.442.260,32	826,7
B. Umlaufvermögen				D. Verbindlichkeiten			
<u>I. Vorräte</u>				1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	528.985,58		465,1
- Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		104.006,21	122,1	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 528.985,58			(465,1)
<u>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>				2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger der Einrichtung	13.421.372,75		14.118,7
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	742.747,41		503,4	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 2.004.774,13			(2.071,9)
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00			(0,0)	3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	335.692,27		389,9
2. Forderungen an den Träger der Einrichtung	210.213,47		588,9	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 335.692,27			(389,9)
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00			(0,0)	4. Verbindlichkeiten aus nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen	52.821,62		94,1
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	132.456,52		188,2	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 52.821,62			(94,1)
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00			(0,0)	5. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>337.634,48</u>	14.676.506,70	309,6
4. Forderungen aus nicht-öffentlicher Förderung	117.781,22		191,8	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 337.634,48			(309,6)
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00			(0,0)	- davon aus Steuern: EUR 0,00			(0,0)
5. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>96.053,74</u>	1.299.252,36	139,2	- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 0,00			(0,0)
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00			(0,0)	E. Rechnungsabgrenzungsposten		1.131.677,30	1.078,4
<u>III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>		347.433,54	399,6				
C. Rechnungsabgrenzungsposten		83.789,10	92,9				
		<u>33.381.522,32</u>	<u>34.286,7</u>			<u>33.381.522,32</u>	<u>34.286,7</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

	<u>2013</u> EUR	<u>2013</u> EUR	<u>Vorjahr</u> TEUR
1. Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gemäß PflegeVG	18.143.773,21		17.651,3
2. Erträge aus Unterkunft und Verpflegung	7.816.027,96		7.757,3
3. Erträge aus Zusatzleistungen und Transportleistungen nach PflegeVG	787.694,98		740,1
4. Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen	3.185.025,75		3.162,0
5. Sonstige betriebliche Erträge	<u>1.620.546,61</u>	31.553.068,51	1.200,5
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-15.146.175,38		-14.345,6
b) Sozialabgaben, Altersversorgung und sonstige Aufwendungen - davon für Altersversorgung: EUR 1.281.059,19 (Vorjahr: EUR 1.234.009,71)	<u>-4.310.470,37</u>	-19.456.645,75	-4.158,8
7. Materialaufwand			
a) Lebensmittel	-1.579.681,96		-1.414,5
b) Wasser, Energie, Brennstoffe	-1.510.292,91		-1.485,5
c) Wirtschaftsbedarf / Verwaltungsbedarf	-5.975.744,57		-6.029,9
8. Steuern, Abgaben, Versicherungen	-395.598,51		-392,5
9. Mieten, Pacht, Leasing	<u>-457.869,15</u>	<u>-9.919.187,10</u>	<u>-445,9</u>
Zwischenergebnis		2.177.235,66	2.238,5
10. Erträge aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung von Investitionen	86.944,07		119,5
11. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	85.855,56		71,1
12. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten / Verbindlichkeiten	-87.444,07		-119,5
13. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	-1.109.978,49		-1.065,0
b) auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	-3.616,79		-5,5
14. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung	-761.595,88		-1.167,0
15. Sonstige ordentliche Aufwendungen	<u>-742.134,72</u>	<u>-2.531.970,32</u>	<u>-367,9</u>
Zwischenergebnis		-354.734,66	-295,8
16. Erträge aus Beteiligungen	122.426,07		176,1
17. Zinsen und ähnlich Erträge	1.758,29		4,3
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen - davon aus der Aufzinsung von Rückstellungen: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)	<u>-251.140,72</u>	<u>-126.956,36</u>	<u>-259,1</u>
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-481.691,02	-374,5
20. Außerordentliche Erträge	44.226,23		32,5
21. Außerordentliche Aufwendungen	-36.932,27		-7,8
22. Weitere Erträge	<u>111.133,78</u>	<u>118.427,74</u>	<u>385,0</u>
23. Außerordentliches Ergebnis		118.427,74	409,7
24. Jahresfehlbetrag/-überschuss		-363.263,28	35,2

Anhang für das Geschäftsjahr 2013

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für 2013 wurde unter Beachtung der Eigenbetriebsverordnung sowie der für Pflegeeinrichtungen geltenden Vorschriften der Pflege-Buchführungsverordnung (PBV) aufgestellt. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden unter Berücksichtigung der ab 1997 anzuwendenden Vorschriften der Pflege-Buchführungsverordnung (PBV) gegliedert.

B. Ausweis und Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Ausweis-, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

Bei Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** (EDV-Programme) sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Als Nutzungsdauer werden drei Jahre zugrunde gelegt. Im Zugangsjahr erfolgt die Abschreibung zeitanteilig.

Das **Sachanlagevermögen** ist bis auf den Grund und Boden grundsätzlich mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich Abschreibungen bewertet.

Die von der Stadt Wuppertal im Rahmen der Gründung des Betriebes eingelegten Grundstücke und Gebäude sowie beweglichen Anlagegegenstände wurden mit ihren geschätzten Verkehrswerten zum 01.01.1995 angesetzt. Die eingelegten Gegenstände werden linear über die Restnutzungsdauer abgeschrieben, die auch im Rahmen der Verkehrswertermittlung angesetzt wurde; sie liegt für Gebäude zwischen 30 und 74 Jahren, für Außenanlagen bei 15 Jahren und für die beweglichen Anlagegegenstände zwischen 2 und 9 Jahren. Ab 1995 angeschaffte Gegenstände werden ebenfalls linear über Nutzungsdauern zwischen 4 und 15 Jahren abgeschrieben.

Im Jahr des Zugangs wird die Abschreibung zeitanteilig berücksichtigt.

Gegenstände, deren Anschaffungskosten EUR 150,00 übersteigen und EUR 1.000,00 nicht übersteigen, werden in einem Sammelposten gemäß § 6 Abs. 2a EStG erfasst. Der Sammelposten ist im Geschäftsjahr seiner Bildung sowie den folgenden vier Wirtschaftsjahren mit jeweils 20 % gewinnmindernd aufzulösen.

Die **Finanzanlagen** sind zu Anschaffungskosten bewertet worden. Es handelt sich um eine 100 %-ige Beteiligung an der APH Service GmbH mit Sitz in Wuppertal. Das Eigenkapital der APH Service GmbH beträgt EUR 222.426,07. Der Jahresüberschuss des Jahres 2013 beträgt EUR 122.426,07.

Anschaffungs- oder Herstellungskosten und Abschreibungen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt (Anlagen- und Fördernachweise gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 3, Anlagen 3 a und 3 b der PBV):

Anlagennachweis zum 31. Dezember 2013

	Entwicklung der Anschaffungswerte				Entwicklung der Abschreibungen						
	Anfangsstand 01.01.2013 EUR	Zugang EUR	Umbuchung EUR	Abgang EUR	Endstand 31.12.2013 EUR	Anfangsstand 01.01.2013 EUR	Abschreibungen des Geschäftsjahres EUR	Entnahme für Abgänge EUR	Endstand 31.12.2013 EUR	Restbuchwert 31.12.2013 EUR	Restbuchwert 31.12.2012 EUR
Bilanzposition											
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
EDV-Software	177.212,28	31.730,16	0,00	0,00	208.942,44	134.281,50	21.521,16	0,00	155.802,66	53.139,78	42.930,78
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	41.979.093,16	39.848,88	0,00	0,00	42.018.942,04	12.365.311,33	651.041,92	0,00	13.016.353,25	29.002.588,79	29.613.781,83
1a. darunter: Betriebsbauten und Außenanlagen	36.997.508,29	39.848,88	0,00	0,00	37.037.357,17	12.365.311,33	651.041,92	0,00	13.016.353,25	24.021.003,92	24.632.196,96
2. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	6.470.119,20	330.977,84	206.930,57	78.426,08	6.929.601,53	4.312.656,24	417.906,66	73.717,33	4.656.845,57	2.272.755,96	2.157.462,96
2a. darunter: in Betriebsbauten, in Außenanlagen, GWGs und Festwerte in Betriebsbauten	6.470.119,20	330.977,84	206.930,57	78.426,08	6.929.601,53	4.312.656,24	417.906,66	73.717,33	4.656.845,57	2.272.755,96	2.157.462,96
3. Fahrzeuge	219.670,98	148,75	0,00	0,00	219.819,73	148.288,98	19.508,75	0,00	167.797,73	52.022,00	71.382,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	42.830,23	198.457,68	-206.930,57	0,00	34.357,34	0,00	0,00	0,00	0,00	34.357,34	42.830,23
4a. darunter für Betriebsbauten und Außenanlagen	42.830,23	198.457,68	-206.930,57	0,00	34.357,34	0,00	0,00	0,00	0,00	34.357,34	42.830,23
	48.711.713,57	569.433,15	0,00	78.426,08	49.202.720,64	16.826.256,55	1.088.457,33	73.717,33	17.840.996,55	31.361.724,09	31.885.457,02
darunter: Summe der Positionen 1a., 2a., 3. und 4a.	43.730.128,70	569.433,15	0,00	78.426,08	44.221.135,77	16.826.256,55	1.088.457,33	73.717,33	17.840.996,55	26.380.139,22	26.903.872,15
III. Finanzanlagen											
Anteile an verbundenen Unternehmen	132.177,24	0,00	0,00	0,00	132.177,24	0,00	0,00	0,00	0,00	132.177,24	132.177,24
Summe	49.021.103,09	601.163,31	0,00	78.426,08	49.543.840,32	16.960.538,05	1.109.978,49	73.717,33	17.996.799,21	31.547.041,11	32.060.565,04
darunter: Summe der immateriellen Vermögensgegenstände, der Positionen 1a., 2a., 3. und 4a. sowie der Finanzanlagen	44.039.518,22	601.163,31	0,00	78.426,08	44.562.255,45	16.960.538,05	1.109.978,49	73.717,33	17.996.799,21	26.565.456,24	27.078.980,17

Nachweis der Förderungen sonstiger Fördergeber zum 31. Dezember 2013

	Entwicklung der Anschaffungswerte				Entwicklung der Abschreibungen								
	Stand 01.01.2013 EUR	Zugang EUR	Umbuchung EUR	Abgang EUR	Stand 31.12.2013 EUR	Stand 01.01.2013 EUR	Abschreibungen des Geschäftsjahres EUR	Umbuchung EUR	Zuschreibungen des Geschäftsjahres EUR	Entnahme für Abgänge EUR	Stand 31.12.2013 EUR	Restbuchwert 31.12.2013 EUR	Restbuchwert 31.12.2012 EUR
<u>Bilanzposition</u>													
<u>Anlagevermögen</u>													
<u>Sachanlagen</u>													
2. Einrichtungen und Ausstattungen ohne Fahrzeuge	847.543,08	128.608,83	0,00	0,00	976.151,91	518.574,44	77.868,81	0,00	0,00	0,00	596.443,25	379.708,66	328.968,64
2a. darunter: in Betriebsbauten, in Außenanlagen, GWGs und Festwerte in Betriebsbauten	847.543,08	128.608,83	0,00	0,00	976.151,91	518.574,44	77.868,81	0,00	0,00	0,00	596.443,25	379.708,66	328.968,64
3. Fahrzeuge	99.043,62	148,75	0,00	0,00	99.192,37	51.025,66	7.986,75	0,00	0,00	0,00	59.012,41	40.179,96	48.017,96
Summe	<u>946.586,70</u>	<u>128.757,58</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>1.075.344,28</u>	<u>569.600,10</u>	<u>85.855,56</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>655.455,66</u>	<u>419.888,62</u>	<u>376.986,60</u>
darunter: Summe der Positionen 2a. und 3.	<u>946.586,70</u>	<u>128.757,58</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>1.075.344,28</u>	<u>569.600,10</u>	<u>85.855,56</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>655.455,66</u>	<u>419.888,62</u>	<u>376.986,60</u>

Die unter den **Vorräten** ausgewiesenen Bestände an Verbrauchsgütern sind mit den letzten Einstandspreisen unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Forderungen und **sonstige Vermögensgegenstände** sowie die **übrigen Aktiva** sind mit ihren Nominalbeträgen angesetzt. Von den **Forderungen aus Pflegesätzen** wurde eine ermittelte Einzelwertberichtigung von T€ 155,2 abgesetzt. Um Zinsverlusten und möglichen Ausfallrisiken Rechnung zu tragen wurde zudem eine Pauschalwertberichtigung in Höhe von T€ 14,5 berücksichtigt. **Forderungen gegen den Träger der Einrichtung** bestehen in Höhe von T€ 178,2 aus Guthaben (inkl. Zinsforderungen) bei der Stadtkasse und Weiterberechnungen aus sonstigen Dienstleistungen (T€ 32,0). **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** bestehen in Höhe des im Jahresabschluss bereits berücksichtigten Gewinnanteils am Ergebnis der APH Service-GmbH in Höhe von T€ 122,4 sowie aus Umsatzsteuer.

Bei den **Forderungen aus nicht-öffentlicher Förderung** handelt es sich um zugesagte Zuschüsse zu Investitionen, die erst im Geschäftsjahr 2014 abgerufen werden.

Das **Stammkapital** (gewährte Kapital) beträgt DM 25.000.000,00 (= EUR 12.782.297,03)

Die Entwicklung des **Eigenkapitals** ist der nachfolgenden Darstellung zu entnehmen.

	<u>EB-Wert</u> T€	<u>Entnahmen</u> T€	<u>Zu-/Abgänge</u> T€	<u>Endbestand</u> T€
Stammkapital	12.782	0	0	12.782
Rücklagen	4.102	0	0	4.102
Verlustvortrag	-845	0	35	-810
Jahresfehlbetrag/-überschuss	<u>35</u>	<u>-35</u>	<u>-363</u>	<u>-363</u>
	<u>16.074</u>	<u>-35</u>	<u>-328</u>	<u>15.711</u>

Für Zuschüsse zu Anlagegegenständen wurde ein **Sonderposten** für Investitionszuschüsse gebildet, der nach Maßgabe der Abschreibungen auf die bezuschussten Anlagegegenstände Ergebnis erhöhend aufgelöst wird.

Pensionsrückstellungen werden für Versorgungsverpflichtungen gegenüber städtischen Beamten gebildet. Dabei wurden als Anwärtler nur Personen berücksichtigt, die im Geschäftsjahr für den Betrieb tätig waren. Pensionäre scheidet mit dem Eintritt in den Ruhestand aus dem Personalbestand des Eigenbetriebs aus. Die Pensionsverpflichtungen werden zu diesem Zeitpunkt gegen Übertragung der Rückstellungsgegenwerte von der Stadt Wuppertal übernommen. Auch für Beamte, die während ihrer Dienstzeit nur zeitweise in den Diensten der Altenheime standen, jedoch inzwischen bzw. vor Erreichen des Ruhestandes in andere Dienststellen versetzt wurden, sind keine Rückstellungen gebil-

det worden, da davon auszugehen ist, dass diese Verpflichtungen nicht mehr dem Sondervermögen des Betriebes zuzurechnen sind.

Die Bewertung erfolgte nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck und eines Rechnungszinsfußes von 5,0 % nach § 22 Abs. 3 EigVO NRW in Verbindung mit § 36 Abs. 1 GemHVO NRW, wobei Rentenanpassungen entsprechend der Auffassung des Innenministeriums nicht eingerechnet sind.

Sonstige Rückstellungen wurden aufgrund vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet.

Die Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

	<u>EB-Wert</u> T€	<u>Entnahmen</u> T€	<u>Zugänge</u> T€	<u>Endbestand</u> T€
Pensionsrückstellungen	553	0	137	690
Ausstehende Rechnungen	65	8	103	160
Unterlassene Instandhaltung				
- Wahlrecht	141	136	0	5
- Pflicht	160	160	50	50
Personalbezogene Verpflichtungen	304	68	143	379
Jahresabschluss- und Prüfungskosten	42	42	42	42
Zinsen aus Investitionskosten	20	15	21	26
Archivierung	15	3	3	15
Seniorentagesstätten	<u>79</u>	<u>6</u>	<u>2</u>	<u>75</u>
	<u>1.379</u>	<u>438</u>	<u>501</u>	<u>1.442</u>

Alle **Verbindlichkeiten** und **sonstigen Passiva** sind mit ihren Rückzahlungsbeträgen angesetzt.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger der Einrichtung** enthalten in Höhe von T€ 12.045,3 in der Vergangenheit auf den Betrieb übergeleitete Darlehen, Erstattungen von Personalkosten in Höhe von T€ 457,3 für leistungsorientierte Bezahlung und flexible Gehaltsbestandteile sowie Verbindlichkeiten aus Dienstleistungen in Höhe von T€ 918,7. Von den Verbindlichkeiten sind T€ 2.004,8 innerhalb eines Jahres fällig, T€ 8.747,2 sind nach Ablauf von fünf Jahren fällig. Alle übrigen Verbindlichkeiten haben eine Fälligkeit von mehr als einem, aber unter fünf Jahren.

Den Erträgen aus Pflegeleistungen und damit in Zusammenhang stehende weitere Leistungen liegen geleistete Pflegetage zugrunde, die sich im Vorjahresvergleich wie folgt entwickelt haben:

	<u>2012</u> Tage	<u>2013</u> Tage	<u>Veränderung</u>	
			Tage	%
<u>Geleistete Pflegetage</u>				
Pflegestufe 0 (zzgl. früherer a-Pflegesatz)	4.303	4.513	+210	+4,9
Pflegestufe I (normale Pflege)	83.419	77.883	-5.536	-6,6
Pflegestufe II (erhöhte Pflege)	110.737	105.094	-5.643	-5,1
Pflegestufe III (schwere Pflege)	69.864	76.945	+7.081	+10,1
Bettengeld für Abwesenheitstage	<u>5.700</u>	<u>4.245</u>	<u>-1.455</u>	<u>-25,5</u>
	<u>274.023</u>	<u>268.680</u>	<u>-5.343</u>	<u>-1,9</u>

Die Entwicklung der Pflegesätze stellt sich nunmehr wie folgt dar:

	<u>bis 30.6.2012</u> EUR	<u>seit 1.7.2012</u> EUR	<u>Veränderung</u>	
			EUR	%
<u>1. Neviandtstraße</u>				
Pflegesatz Pflegestufe I	44,88	47,05	+2,17	+4,8
Einheitlicher Heimkostensatz (Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie Investitionen)	38,77	39,46	+0,69	+1,8

Erhebung der Altenpflegeumlage zum 1. Januar 2013 in Höhe von EUR 2,35 (1. Juli 2012 bis 31. Dezember 2012: EUR 2,18 (bis 30. Juni 2012 Ausbildungskomponente: EUR 1,45)).

	<u>bis 30.6.2012</u> EUR	<u>seit 1.7.2012</u> EUR	<u>Veränderung</u>	
			EUR	%
<u>2. Obere Lichtenplatzer Straße</u>				
Pflegesatz Pflegestufe I	43,06	45,76	+2,70	+6,3
Einheitlicher Heimkostensatz (Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie Investitionen)	34,77	34,65	-0,12	-0,3

Erhebung der Altenpflegeumlage zum 1. Januar 2013 in Höhe von EUR 2,35 (1. Juli 2012 bis 31. Dezember 2012: EUR 2,18 (bis 30. Juni 2012 Ausbildungskomponente: EUR 1,38)).

	<u>bis 30.6.2012</u> EUR	<u>seit 1.7.2012</u> EUR	<u>Veränderung</u>	
			EUR	%
<u>3. Vogelsangstraße</u>				
Pflegesatz Pflegestufe I	44,16	46,27	+2,11	+4,8
Einheitlicher Heimkostensatz (Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie Investitionen)	39,45	42,01	+2,56	+6,5

Erhebung der Altenpflegeumlage zum 1. Januar 2013 in Höhe von EUR 2,35 (1. Juli 2012 bis 31. Dezember 2012: EUR 2,18 (bis 30. Juni 2012 Ausbildungskomponente: EUR 3,13)).

4. Am Diek

Pflegesatz Pflegestufe I	41,55	43,68	+2,13	+5,1
Einheitlicher Heimkostensatz (Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie Investitionen)	39,78	41,16	+1,38	+3,5

Erhebung der Altenpflegeumlage zum 1. Januar 2013 in Höhe von EUR 2,35 (1. Juli 2012 bis 31. Dezember 2012: EUR 2,18 (bis 30. Juni 2012 Ausbildungskomponente: EUR 0,95)).

5. Hölkesöhde

Pflegesatz Pflegestufe I	41,83	44,41	+2,58	+6,2
Einheitlicher Heimkostensatz (Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie Investitionen)	39,50	41,22	+1,72	+4,4

Erhebung der Altenpflegeumlage zum 1. Januar 2013 in Höhe von EUR 2,35 (1. Juli 2012 bis 31. Dezember 2012: EUR 2,18 (bis 30. Juni 2012 Ausbildungskomponente: EUR 1,38)).

6. Winklerstraße

Pflegesatz Pflegestufe I	42,64	43,96	+1,32	+3,1
Einheitlicher Heimkostensatz (Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie Investitionen)	45,02	46,28	+1,26	+2,8

Erhebung der Altenpflegeumlage zum 1. Januar 2013 in Höhe von EUR 2,35 (1. Juli 2012 bis 31. Dezember 2012: EUR 2,18 (bis 30. Juni 2012 Ausbildungskomponente: EUR 0,29)).

7. Herichhauser Straße

Pflegesatz Pflegestufe I	41,24	43,48	+2,24	+5,4
Einheitlicher Heimkostensatz (Kosten für Unterkunft und Verpflegung sowie Investitionen)	36,07	38,72	+2,65	+7,3

Erhebung der Altenpflegeumlage zum 1. Januar 2013 in Höhe von EUR 2,35 (1. Juli 2012 bis 31. Dezember 2012: EUR 2,18 (bis 30. Juni 2012 Ausbildungskomponente: EUR 0,58)).

Einbettzimmerzuschlag	1,12	1,12	0,00	0,0
-----------------------	------	------	------	-----

Die vorherigen Pflegesätze wurden im Mai/Juni 2010 vereinbart und waren bis zum 29. Februar 2012 abgeschlossen. Abgerechnet wurden die Pflegesätze bis zum 30. Juni 2012. Die neuen Pflegesätze werden seit dem 1. Juli 2012 abgerechnet und gelten bis zum 30. Juni 2014. Zum 1. Januar 2013 sind neue Investitionskostensätze vereinbart und genehmigt, welche gültig sind bis zum 31. Dezember 2014.

Die Höhe der Personalkosten beträgt T€ 19.457. Davon entfallen auf

	<u>T€</u>
Löhne, Gehälter, Dienstbezüge	15.146
Soziale Abgaben	2.955
Altersversorgung	1.281
Beihilfen und Unterstützung	6
Personalnebenkosten	<u>69</u>
	<u>19.457</u>

Die Mitarbeiter/-innen verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Bereiche:

	<u>Beschäftigte</u> <u>31.12.2012</u>	<u>Beschäftigte</u> <u>31.12.2013</u>
Zentralverwaltung	16	16
Betriebsstätten (Heime)	<u>410</u>	<u>416</u>
	<u>426</u>	<u>432</u>

Dabei handelt es sich um aktive Beschäftigte der APH. Sonstige Angestellte, welche sich in der Altersteilzeit befinden, beurlaubt sind oder Zeitrentner sind, werden nicht mit einbezogen.

Die **außerordentlichen Erträge** enthalten periodenfremde Erträge in Höhe von T€ 44,2. Darin enthalten sind Abrechnungen für Vorjahre in Höhe von TEUR 31,1.

Die **außerordentlichen Aufwendungen** enthalten periodenfremde Aufwendungen in Höhe von T€ 30,0 für Gehaltserstattungen an die Stadt Wuppertal.

In den **weiteren Erträgen** sind Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von T€ 111,1 enthalten.

C. Sonstige Angaben

Finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz ausgewiesen sind, bestehen aus den Mietverträgen mit der Hotel AG über das Gebäude Winklerstraße; die monatliche Miete beträgt EUR 31.320,08, die Laufzeit der Verträge ist begrenzt auf die Laufzeit der öffentlichen Wohnungsbaumittel, längstens bis zum Jahr 2081.

Für das Geschäftsjahre 2013 sind Aufwendungen für die Abschlussprüfung in Höhe der nachfolgend genannten Beträge berücksichtigt:

Abschlussprüfungsleistungen	TEUR 23,9
Sonstige Leistungen	TEUR 5,9

Für die Mitarbeiter besteht eine Zusatzversorgung bei der Rheinischen Zusatzversorgungskasse Köln (RZVK).

Die Versorgungszusage regelt sich nach dem "Tarifvertrag Altersversorgung" (ATV).

Seit dem 1. Januar 2002 erhebt die Kasse unverändert eine Umlage von 4,25 % der zusatzversor-gungspflichtigen Bezüge.

Seit dem 1. Januar 2003 wird von der RZVK im Rahmen der Umstellung des Umlageverfahrens ein zusätzliches Sanierungsgeld erhoben. Ab dem 1. Januar 2005 beträgt der Satz 2,5 %. Der Satz wur-de zum 1. Januar 2010 auf 3,5 % erhöht.

Die Summe der umlagepflichtigen Löhne und Gehälter belief sich in 2013 auf T€ 14.619,6.

Die Zahl der im Geschäftsjahr durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer (ohne Betriebsleitung) betrug:

Beamte	2
Angestellte	387
Arbeiter	<u>24</u>
Gesamt	<u>413</u>

Zudem wurden durchschnittlich 19 Auszubildende beschäftigt. Die Anzahl der Beschäftigten enthält in größerem Umfang Teilzeitkräfte. Dabei handelt es sich um aktive Beschäftigte der APH. Sonstige Angestellte, welche sich in der Altersteilzeit befinden, beurlaubt sind oder Zeitrentner sind, werden nicht mit einbezogen.

Betriebsleiter war im Geschäftsjahr 2013 Herr Ulrich Renziehausen. Der Betriebsleiter hat im Jahr 2013 Gesamtbezüge in Höhe von EUR 83.047,02 erhalten.

Seit dem 16. November 2009 übernimmt der 'Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung und gemeinsamer Betriebsausschuss APH/KIJU' die Aufgaben des Betriebsausschusses. Mitglieder dieses Betriebsausschusses waren bis zum 28. Februar 2013:

CDU	Stadtverordneter Hans-Jörg Herhausen, selbst. Steinmetz und Steinbildhauer Stadtverordneter Wilfried Josef Klein, Pensionär Stadtverordneter Jan-Philipp Kühme, Finanz- und Versicherungsmakler Stadtverordneter Arnold Norkowsky, Pensionär Stadtverordneter Michael Schulte, Industriefachwirt
SPD	Stadtverordnete Barbara Dudda-Dillbohner, Angestellte Stadtverordneter Karlheinz Emmert, Rentner Stadtverordneter Guido Grüning, Gewerkschaftssekretär Stadtverordnete Sadiye Mesci-Alpaslan, Dipl. Ökonom Stadtverordneter Klaus Jürgen Reese (Vorsitzender), Dipl. Ingenieur
Bündnis90/ Die Grünen	Stadtverordneter Klaus Dieter Lüdemann, Entwicklungshelfer Stadtverordneter Lorenz Bahr-Hedemann, Historiker (stellvertretender Vorsitzender) Stadtverordneter Hans-Peter Vorsteher, Sachbearbeiter
FDP	Stadtverordneter Jörn Suika, selbst. Innenausbau und Messebau
WfW	Stadtverordneter Dr. Günter Schiller, Professor (em.)
Die Linke	Stadtverordneter Gerd-Peter Zielesinski, Rentner
berat. Mitglied	Stadtverordneter Wolfgang Pohlmann, Oberstudienrat i. R. Stadtverordneter Michael Schnorr, Verwaltungsangestellter

Vertreter

CDU	Stadtverordneter Dr. Rolf-Jürgen Köster, Rechtsanwalt
Bündnis90/ Die Grünen	Stadtverordneter Marc Schulz, Angestellter des grünen Kreisverbandes Köln Stadtverordnete Anja Liebert, Personal- und Marketingmanagement Stadtverordnete Regina Orth, Integrationshelferin
FDP	Stadtverordneter Alexander Schmidt, Geschäftsführer
WfW	Stadtverordneter Heribert Stenzel, öffentlich bestellter Vermessungsingenieur
Die Linke	Stadtverordneter Bernhard Sander, Angestellter

Die Mitglieder des Betriebsausschusses bzw. des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungssteuerung und gemeinsamer Betriebsausschuss APH/KIJU haben keine Zahlungen durch die Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal erhalten.

Seit dem 16. November 2009 übernimmt der 'Ausschuss für Finanzen und participationssteuerung und gemeinsamer Betriebsausschuss APH/KIJU' die Aufgaben des Betriebsausschusses. Mitglieder dieses Betriebsausschusses sind seit dem 1. März 2013:

CDU	Stadtverordnete Claudia Hardt, Erzieherin (seit 1.5.2013) Stadtverordneter Hans-Jörg Herhausen, selbst. Steinmetz und Steinbildhauer Stadtverordneter Wilfried Josef Klein, Pensionär Stadtverordneter Jan-Philipp Kühme, Finanz- und Versicherungsmakler Stadtverordneter Arnold Norkowsky, Pensionär Stadtverordneter Michael Schulte, Industriefachwirt
SPD	Stadtverordnete Barbara Dudda-Dillbohner, Angestellte Stadtverordneter Karlheinz Emmert, Rentner Stadtverordneter Guido Grüning, Gewerkschaftssekretär Stadtverordnete Sadiye Mesci-Alpaslan, Dipl. Ökonom Stadtverordneter Klaus Jürgen Reese (Vorsitzender), Dipl. Ingenieur
Bündnis90/ Die Grünen	Stadtverordneter Lorenz Bahr-Hedemann, Historiker (stellvertretender Vorsitzender) Stadtverordneter Klaus Dieter Lüdemann, Entwicklungshelfer Stadtverordneter Hans-Peter Vorsteher, Sachbearbeiter
Die Linke	Stadtverordneter Gerd-Peter Zielezinski, Rentner
FDP	Stadtverordneter Jörn Suika, selbst. Innenausbau und Messebau
WfW	Stadtverordneter Dr. Günter Schiller, Professor (em.)
berat. Mitglied	Stadtverordneter Wolfgang Pohlmann, Oberstudienrat i. R. (bis 28.2.2013) Stadtverordneter Thomas Kik, Blechschlosser (seit 1.5.2013) Stadtverordneter Michael Schnorr, Verwaltungsangestellter

Vertreter

CDU	Stadtverordneter Dr. Rolf-Jürgen Köster, Rechtsanwalt
Bündnis90/ Die Grünen	Stadtverordnete Anja Liebert, Personal- und Marketingmanagement Stadtverordnete Regina Orth, Integrationshelferin Stadtverordneter Marc Schulz, Angestellter des grünen Kreisverbandes Köln
Die Linke	Stadtverordneter Bernhard Sander, Angestellter
FDP	Stadtverordneter Alexander Schmidt, Geschäftsführer
WfW	Stadtverordneter Heribert Stenzel, öffentlich bestellter Vermessungsingenieur

Die Mitglieder des Betriebsausschusses bzw. des Ausschusses für Finanzen und participationssteuerung und gemeinsamer Betriebsausschuss APH/KIJU haben keine Zahlungen durch die Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal erhalten.

Wuppertal, den 26.08.2014

Renziehausen
Betriebsleiter

Verbindlichkeitspiegel zum 31. Dezember 2013

<u>Verbindlichkeiten</u>	<u>Gesamtbetrag</u> EUR	<u>Restlaufzeit</u> <u>bis zu einem Jahr</u> EUR	<u>Restlaufzeit von mehr</u> <u>als einem und bis</u> <u>zu fünf Jahren</u> EUR	<u>Restlaufzeit von</u> <u>mehr als fünf Jahren</u> EUR	<u>gesichert</u> EUR	<u>Art und Form</u> <u>der Sicherung</u>
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	528.985,58	528.985,58	0,00	0,00	0,00	-
2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Träger der Einrichtung	13.421.372,75	2.004.774,13	2.669.440,74	8.747.157,88	0,00	-
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	335.692,27	335.692,27	0,00	0,00	0,00	-
4. Verbindlichkeiten aus nicht-öffentlicher Förderung für Investitionen	52.821,62	52.821,62	0,00	0,00	0,00	-
5. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>337.634,48</u>	<u>337.634,48</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	-
	<u>14.676.506,70</u>	<u>3.259.908,08</u>	<u>2.669.440,74</u>	<u>8.747.157,88</u>	<u>0,00</u>	

Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal

Lagebericht 2013

I. Grundlagen des Unternehmens

Die Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal (APH) sind seit 1994 ein eigenbetriebsähnlicher Betrieb ohne eigene Rechtspersönlichkeit. Zweck der APH ist die Errichtung und Unterhaltung von Alten- und Altenpflegeheimen sowie die Unterbringung, Betreuung, Versorgung und Pflege in der Regel pflegebedürftiger junger und alter Menschen. Sie sind am lokalen Pflegemarkt als größter Einzelanbieter tätig.

Darüber hinaus wurde den APH in 2003 der Fachbereich Senioren und Freizeit als Nebenbetrieb mit Ratsbeschluss übergeleitet. Es werden verteilt im Stadtgebiet Wuppertal fünf Seniorentagesstätten betrieben.

Die Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal (APH) schließen das Geschäftsjahr 2013 mit einem negativen Ergebnis ab. In der Gewinn- und Verlustrechnung der APH wird ein Jahresfehlbetrag von 363,3 T€ (Vorjahr Jahresüberschuss: 35,2 T€) ausgewiesen. Davon resultieren -364,0 T€ (Vorjahr Jahresüberschuss: 35,1 T€) aus dem stationären Bereich. Der Fachbereich Senioren und Freizeit weist ein positives Ergebnis in Höhe von 0,7 T€ (Vorjahr Jahresüberschuss: 0,1 T€) aus. Der Jahresfehlbetrag beinhaltet 122,4 T€ (Vorjahr: 176,1 T€) als Gewinnbeteiligung der APH Service GmbH für 2013. Das Jahresergebnis 2013 verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr um 398,5 T€. Ursache ist u. a. ein im operativen Bereich erzieltetes negatives Ergebnis. Die zum 1. Juli 2012 vereinbarten um rd. 4,54 % höhere Pflegesätze und damit verbundenen Erlössteigerungen waren aufgrund der nachfolgenden Einflüsse nicht ausreichend um die Personal- und Sachkostensteigerungen abzudecken. Insbesondere die zum 1. Juli 2012 (+3,5 %) sowie zum 1. Januar und 1. August 2013 (jeweils 1,4 %) gestiegenen tariflichen Entgelte konnten durch die höheren Pflegesätze nicht aufgefangen werden. Zudem hat die Teilnahme einer Beamtin des mittleren Dienstes an der

Altersteilzeit, im Ergebnis dazu geführt, dass in 2013 eine deutliche Erhöhung der Pensionsrückstellungen um rd. 83 T€ sowie eine zusätzlich erhöhte Altersteilzeitumlage in Höhe von rd. 88 T€ das Ergebnis negativ belastet. Darüber hinaus mussten rd. 80 T€ als Rückstellung für Mehrarbeitsstunden gebildet werden, die aufgrund mangelhaftem Controlling in zwei Einrichtungen einmalig entstanden sind. Diese werden das Ergebnis in 2014 allerdings wieder entlasten. Letztlich konnten Personalkostensteigerungen, welche neben Tarifsteigerungen und höheren Personaleinsatz auch durch Personalübernahmen von der Stadt Wuppertal bedingt sind und zusätzlich zu Aufwand geführt haben nicht durch die Erlössteigerungen gedeckt werden.

Der vom Rat der Stadt für das Wirtschaftsjahr 2013 beschlossene Wirtschaftsplan weist einen Überschuss von 83,7 T€ (für den stationären Bereich 83,0 T€ und für den Fachbereich Senioren und Freizeit ein positives Ergebnis von 0,7 T€) aus. Tatsächlich weicht das Betriebsergebnis gegenüber dem Wirtschaftsplan um rd. 447,0 T€ ab (Verschlechterung). Die Ursachen sind im vorherigen Abschnitt dargestellt. Ein Betriebskostenzuschuss seitens der Stadt war bzw. ist weiterhin nicht erforderlich.

Umsetzung der Qualitätsstandards

Die Qualität, die das einzelne Haus zu bieten hat, ist für eine hohe Auslastung von entscheidender Bedeutung. Durch Pflege- und Qualitätsstandards, wie auch gesetzlich vorgegeben, und eine stetige Qualitätssicherung und -prüfung muss die Qualität der pflegerischen und hauswirtschaftlichen Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner auf hohem Niveau gehalten werden. Nur durch Qualität und entsprechende räumliche und personelle Rahmenbedingungen wird Nachfrage geweckt. Neue und/oder verschärfte Gesetze (Wohn- und Teilhabegesetz, Pflegequalitätssicherungsgesetz, Heimmitwirkungsverordnung usw.) zwingen die Einrichtungsbetreiber ständig nachzusteuern. Die zwischen dem 1. Quartal 2013 und dem 1. Quartal 2014 durch den MDK Nordrhein durchgeführten Prüfungen haben zu Pflegenoten von 1,0 bis 1,2 geführt.

Unternehmenssteuerung

Im Bereich des Controlling und Risikomanagements haben die APH weiter nachgesteuert. Ein Risikomanagement-Handbuch ist vorhanden und wird kontinuierlich ausgebaut. Die Innenrevision wird durch Einkauf der Dienstleistung beim GMW gewährleistet.

Außerdem besteht die Notwendigkeit von zusätzlichen Fortbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen in allen Funktionsbereichen. So wurden in 2013 weitere Schwerpunkte in der Qualifizierung von Pflegehilfskräften in Form von Nachschulungen, der Schulung von Reinigungs- und Service-Kräften im Hinblick auf Hygiene und den Umgang mit Demenzerkrankten sowie vorbeugende und jährlich wiederkehrende Brandschutzunterweisungen für alle Beschäftigten angeboten und teilweise dienstverpflichtend umgesetzt. Die APH beteiligen sich finanziell teilweise oder ganz an den entsprechenden Angeboten für die Beschäftigten. Darüber hinaus findet in Kooperation mit der Sozialholding Mönchengladbach, einer städtischen Tochter im Bereich stationäre Pflege sowie dem Berufsbildungszentrum (BIG) aus Essen ein durch Bundes- und EU-Mittel finanziertes Modellprojekt im Bereich Fortbildung statt, welches Ende Februar 2014 endete. Daneben bilden die APH auch in 2013 Auszubildende zum/zur Altenpfleger/in nach dem neuen Altenpflegeausbildungsgesetz aus. Damit erhoffen sich die APH eine nachhaltige Nachwuchsförderung und ein Entgegenwirken des Fachkräftemangels im Pflegeberuf. Außerdem bieten die APH interessierten Menschen im Rahmen eines Praktikums sowie innerhalb des freiwilligen sozialen Jahres die Möglichkeit, sich im Bereich der stationären Altenpflege einen Einblick zu verschaffen.

Zudem hat die APH durch Gründung einer Stabstelle für das Projektmanagement sowie Handwerk und Technik die Möglichkeit geschaffen Instandhaltungsmaßnahmen in Eigenregie durchzuführen. In diesem Zusammenhang wurden Mitarbeiter der Bergischen Volkshochschule übernommen, welche gleichzeitig für die Dauer der Beschäftigung Personalkostenüberschreitungen bei diesen Mitarbeitern teilweise übernehmen.

Seit dem 17. Juli 2013 ist die APH zur Durchführung von sozialpädagogischer Betreuung und Qualifizierung sowie Bewerbungsunterstützung von Teilnehmern im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten gem. § 16 Abs. 3 SGB II durch das Jobcenter Wuppertal anerkannt und zertifiziert. Die Zulassung gilt für einen Zeitraum vom 17. Juli 2013 bis 8. Juli 2016. Die Aufwendungen werden teilweise durch das Jobcenter Wuppertal gedeckt. In diesem Zusammenhang wurde ein Bereich Beschäftigung und Qualifizierung mit zwei ehemaligen Mitarbeitern der Bergischen Volkshochschule gegründet mit dem Ziel der Umsetzung der dargestellten Maßnahmen sowie ggf. der Mitarbeitergewinnung.

II. Wirtschaftsbericht**1. Vermögens- und Finanzlage**

Eigenkapital und Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt (in T€):

Eigenkapital	EB-Wert	Entnahmen	Zu-/ Abgänge	Endbestand
	T€	T€	T€	T€
Stammkapital	12.782	0	0	12.782
Rücklagen	4.102	0	0	4.102
Verlust-/Gewinnvortrag	- 845	0	35	-810
Jahresfehlbetrag/ überschuss	35	-35	-363	-363
	<u>16.074</u>	<u>-35</u>	<u>-328</u>	<u>15.711</u>
Rückstellungen	EB-Wert	Entnahmen	Zugänge	Endbestand
	T€	T€	T€	T€
Pensionsrückstellungen	553	0	137	690
Ausstehende Rechnungen	65	8	103	160
Unterlassene Instandhaltung	301	296	50	55
Personalbezogene Verpflichtungen	304	68	143	379
Abschluss- und Prüfungskosten	42	42	42	42
Zinsen aus Investitionskosten	20	15	21	26
Archivierung	15	3	3	15
Altentagesstätten	79	6	2	75
	<u>1.379</u>	<u>438</u>	<u>501</u>	<u>1.442</u>

Die personalbezogenen Rückstellungen beinhalten auch Ansprüche von langzeiterkrankten Beschäftigten auf den gesetzlichen Mindesturlaub gem. EuGH-Urteil vom 20.01.2009.

Die Finanzierungsverhältnisse sind geordnet.

Die Anlagendeckung (unter Berücksichtigung des langfristigen Fremdkapitals) hat sich auf 89,7 % (Vorjahr: 90,8 %) vermindert. Eine Verbesserung der Anlagendeckung wird angestrebt. Das Eigenkapital hat - unter Berücksichtigung der Sonderposten - einen Anteil an der Bilanzsumme von 48,3 % (2012: 48,0 %) und das langfristige Fremdkapital von 51,7 % (2012: 52,0 %). Gegenüber dem Vorjahr ist trotz eines erzielten Jahresfehlbetrages eine Verbesserung eingetreten; dies ist auf die Verringerung der Bilanzsumme zurückzuführen.

Die Liquidität der Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal war im Wirtschaftsjahr 2013 jederzeit gewährleistet.

Liquidität zum Bilanzstichtag

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2013</u>
	T€	T€
Kurzfristiges Fremdkapital	-5.172,9	-5.076,8
<u>Flüssige Mittel I. Ordnung</u>	<u>965,5</u>	<u>525,6</u>
Unterdeckung I	-4.207,4	-4.551,2
<u>Flüssige Mittel II. Ordnung</u>	<u>1.138,5</u>	<u>1.204,9</u>
Unterdeckung II	-3.068,9	-3.346,3
<u>Flüssige Mittel III. Ordnung</u>	<u>122,1</u>	<u>104,0</u>
Unterdeckung III	<u><u>-2.946,8</u></u>	<u><u>-3.242,3</u></u>

Wie aus der Übersicht hervorgeht, hat sich die Liquidität absolut um 295,5 T€ gegenüber dem Vorjahr verschlechtert. Dies ist im Wesentlichen auf das negative Jahresergebnis sowie eigenmittelfinanzierte Investitionen zurückzuführen.

	<u>2012</u> T€	<u>2013</u> T€
<u>Laufende Geschäftstätigkeit</u>		
Jahresergebnis	+35,2	-363,3
Abschreibungen/Zuschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sowie Abgänge	+1.065,0	+1.114,7
Auflösung von Sonderposten aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung von Investitionen	-71,1	-85,9
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	-383,9	-111,1
gezahlte Zinsen	<u>+259,1</u>	<u>+251,1</u>
Cash-Flow	<u>-----+904,3</u>	<u>-----+805,5</u>
Zunahme/Abnahme (-) der kurzfristigen Rückstellungen	-802,7	+174,0
Zunahme (-)/Abnahme der Vorräte und der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	-43,8	-122,3
Zunahme /Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	<u>+110,6</u>	<u>+14,7</u>
Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>-----+168,4</u>	<u>-----+871,9</u>
<u>Investitionstätigkeit</u>		
Investitionen in das Sachanlagevermögen	-561,6	-601,1
Zuführung zu den Sonderposten aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung von Investitionen	<u>+99,0</u>	<u>+128,8</u>
Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit	<u>-----462,6</u>	<u>-----472,2</u>
<u>Finanzierungstätigkeit</u>		
Minderung/Erhöhung der Forderungen aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung (saldiert)	-94,6	+32,7
Darlehenstilgungen	-605,1	-621,1
gezahlte Zinsen	<u>-259,1</u>	<u>-251,1</u>
Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	<u>-----958,8</u>	<u>-----839,5</u>

	<u>2012</u>	<u>2013</u>
	T€	T€
<u>Finanzmittelfonds</u>		
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes	-1.253,0	-439,9
Finanzmittelbestand am Anfang des Jahres	<u>2.218,5</u>	<u>965,5</u>
Finanzmittelbestand am Ende des Jahres	<u>965,5</u>	<u>525,6</u>

2. Ertragslage

Seit dem 01.07.2012 gelten neue Pflegesätze für die städtischen Alten- und Altenpflegeheime, die am 5. Juni 2012 verhandelt und abgeschlossen wurden. Diese neuen Pflegesatzvereinbarungen gelten bis zum 30.06.2014. Die Ausgaben für Fremdkräfte, die in Fällen von Erkrankungen eigener Pflegebeschäftigten anfallen, wurden nicht anerkannt.

Die Pflegekassen versuchen die Pflegesätze weiterhin auf niedrigem Niveau zu halten. Vor diesem schwierigen Hintergrund konnte die Betriebsleitung dennoch mit den Kostenträgern Pflegesätze aushandeln, die über alle Einrichtungen und Pflegestufen gesehen eine durchschnittliche Budgeterhöhung (ohne Investitionskostenpauschale) gegenüber den letzten Verhandlungen von rd. 4,54 % für die Laufzeit vom 01.07.2012 bis zum 30.06.2014 darstellen. Über alle Häuser und Pflegestufen (einschließlich der Pflegestufe 0) gesehen erhöhten sich die Pflegesätze um bis zu 10 %. Damit ist die Strategie der Betriebsleitung Pflegesätze zu erhalten, die eine auskömmliche und in die Zukunft gerichtete Betriebsführung ermöglichen, aufgegangen. Das Ergebnis der Pflegesatzverhandlungen ermöglicht dem gesamten Betrieb für das Wirtschaftsjahr 2014, bei ebenfalls positivem Ausgang der Pflegesatzverhandlungen im Geschäftsjahr 2014, eine auskömmliche Betriebsführung, bei Vorliegen der derzeit bekannten Belegung und Einstufungen der Bewohner und Bewohnerinnen, die den Versorgungsauftrag nicht gefährdet und die Qualität durch personelle Ressourcen auf dem bisherigen Level sichert.

Seit März 2009 werden in den städtischen Einrichtungen Betreuungsassistenten und -assistentinnen eingesetzt, die ausschließlich zur Betreuung von Bewohnern mit eingeschränkter Alltagskompetenz (demenzerkrankte Menschen) tätig sein dürfen. Diese werden zusätzlich von den Krankenkassen im Rahmen des SGB XI, § 87 b, an APH mit rd. 32,7 T€ pro Vollzeitstelle eines Betreuungsassistenten in 2013 vergütet.

Entwicklung der Ertragslage

In zusammengefasster Form hat sich das Jahresergebnis wie folgt entwickelt:

	2012	2013	Änderungen	
	T€	T€	T€	%
Pflegeerlöse	29.311	29.933	+622	+2,1
Sonstige betriebliche Erträge	1.200	1.620	+420	+35,0
Betriebsleistung	30.511	31.553	+1.042	+3,4
Personalkosten	-18.504	-19.457	+953	+5,2
Abschreibungen	-1.071	-1.110	+39	+3,6
Sachbedarf	-10.065	-10.578	+513	+5,1
Instandhaltung	-1.167	-762	-405	-34,7
Betriebliche Aufwendungen	-30.807	-31.907	+1.100	+3,6
Betriebsergebnis	-296	-354	-58	-19,6
Finanzergebnis	-79	-127	-48	-60,8
Außerordentliches Ergebnis	410	118	-292	-71,2
Jahresergebnis	35	-363	-398	-

Zu den einzelnen Komponenten sind folgende Anmerkungen zu machen:

2.1 Belegungssituation

Im Geschäftsjahr 2013 waren in den sieben Heimen durchschnittlich 97,6 % (Vorjahr: 98,2 %) der Plätze belegt. Ab dem 1. Juli 2012 hat sich die Bettenanzahl in den Einrichtungen Wuppertaler Hof und Obere Lichtenplatzer Straße um jeweils drei, Cronenberg um fünf und Neviandtstraße um 4 verringert.

Die Situation in den Häusern stellt sich im Einzelnen für das Geschäftsjahr 2013 wie folgt dar:

	Betten- anzahl	Auslastung in %	Abweichung Vorjahr in %
Altenpflegeheim Neviandtstraße	166	97,8	-1,1
Altenpflegeheim Obere Lichtenplatzer Str.	87	97,3	+0,2
Altenheim Vogelsangstraße	80	98,7	+0,5
Altenpflegeheim Am Diek	125	97,5	-0,2
Altenheim Hölkesöhde	104	95,9	-3,5
Altenzentrum Winklerstraße	84	98,3	+3,2
Altenheim Herichhauser Straße	<u>105</u>	<u>98,2</u>	<u>-1,6</u>
	751	97,6	-0,6

Die Belegung der Einrichtungen lag geringfügig unter der von der Betriebsleitung bei wirtschaftlichen Betrachtungen und Prognosen angenommenem Belegungsgrad von 98,0 bis 98,5 %. Ohne Gewichtung der Abwesenheitstage mit 75 % ergibt sich eine Auslastung in Höhe von 98,0 %. Damit folgt die Tendenz den Vorjahren und zeigt deutlich, dass trotz zusätzlicher Einrichtungen in Wuppertal und Leerständen die kommunalen Einrichtungen gut aufgestellt und angenommen sind.

2.2 Personalsituation und -kosten

Zum Ende des Geschäftsjahres waren bei den Alten- und Altenpflegeheimen insgesamt 482 Personen tätig. Damit erhöhte sich der Stand der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahreszeitpunkt um 6 Personen. Die Frauenquote an der Gesamtzahl der Beschäftigten beträgt 84,02 %.

Die Beschäftigten verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Bereiche

	Beschäftigte 31.12.2012	Beschäftigte 31.12.2013	Abweichung
Zentralverwaltung	16	16	- / -
Betriebsstätten (Heime)	410	422	+12
Sonstige (Altersteilzeit, Beurlaubte, Zeitrentner usw.)	<u>50</u>	<u>44</u>	<u>-6</u>
	<u>476</u>	<u>482</u>	<u>+6</u>

Bei den vorgenannten Beschäftigtenzahlen handelt es sich nicht um Vollstellen, sondern um Kopfzahlen.

Die Höhe der Personalkosten beträgt 19.457 T€. Davon entfallen auf

Löhne, Gehälter, Dienstbezüge	15.146 T€
Soziale Abgaben	2.955 T€
Altersversorgung	1.281 T€
Beihilfen und Unterstützungen	6 T€
Personalnebenkosten	<u>69 T€</u>
	<u>19.457 T€</u>

Die Personalaufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2012 um rd. 953 T€ (Vorjahreszeitraum: 18.504 T€).

Ursächlich hierfür sind u.a. neben tarifliche Entgelterhöhungen von je 1,4 % zum 1. Januar 2013 sowie zum 1. August 2013 auch die erstmals ganzjährige Ergebnisauswirkung der zum 1. März 2012 vereinbarten Tarifierhöhung in Höhe von 3,5 %. Zudem haben Einstellungen im Zuge der Übernahme von Mitarbeitern der Bergischen Volkshochschule zu einer Aufwandssteigerung geführt. Insgesamt stehen den Personalaufwendungen Personalkostenerstattungen in Höhe von 454 T€ (2012: 195 T€) gegenüber.

2.3 Sachbedarf

Die Materialaufwendungen erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 136 T€.

Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen:

- Anstieg des Materialverbrauchs, einzelne Preissteigerungen sowie höherer Energieverbrauch durch lange Heizperioden in 2013;
- Catering für zwei Einrichtungen (Am Diek und Hölkesöhde). Im Rahmen einer Marktbeobachtung und Vorbereitung einer Ausschreibung, was zu Zusatzkosten führte

2.4 Instandhaltungen

Für Instandhaltungen einschließlich Rückstellungen für unterlassene, aber im Folgejahr nachgeholte Maßnahmen wurden rd. 762 T€ (Vorjahr: 1.167 T€) aufgewendet; die wesentlichen Aufwendungen entfielen dabei auf den Gebäudebereich (352 T€), die technischen Anlagen (127 T€), die Betriebsausstattung (73 T€), die Außenanlagen (48 T€) sowie die Wartung (159 T€). Für die Tagesstätten wurden 2 T€ an Instandhaltungen aufgewendet.

III. Nachtragsbericht

Bei der Risikobetrachtung des Betriebes ist zu bedenken, dass das Nachfragepotential für Altenheimplätze gegenüber früheren Jahren rückläufig ist, weil das SGB XI den Vorrang der ambulanten und teilstationären Betreuung vor der vollstationären Unterbringung normiert und weder der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK) für die Pflegekassen noch die Sozialhilfeträger Heimbedürftigkeit bei fehlendem Pflegebedarf attestieren. Dagegen ist die Belegung der Pflegeplätze für die überschaubare Zukunft weiterhin erreichbar. Die Entwicklung auf dem privaten Altenpflegesektor muss auch weiterhin im Hinblick auf Marktentwicklungen beobachtet werden. Derzeit gibt es nach Erhebungen der örtlichen Sozialplanung rechnerisch rd. 202 nicht belegte Plätze in stationären Einrichtungen in Wuppertal. Darüber hinaus gibt es Studien und Berechnungen, die davon ausgehen, dass spätestens ab 2018/19 es zu erhöhtem Platzbedarf in stationären Einrichtungen kommen wird. Das erscheint logisch, da bis dahin im stationären Bereich ein Bettenplatzabbau durchgeführt wird, alleine schon auf Grund des Wohn- und Teilhabegesetzes, welches einerseits nur noch in der Regel 80 Betteneinrichtungen erlaubt und andererseits ab Mitte 2018 der Anteil von Einzelzimmern auf 80%, also deutliche Erhöhung der Einzelzimmer in den Einrichtungen, zwingend umgesetzt werden muss.

Anfang Januar 2012 wurden die Pflegesätze seitens APH bei den Kostenträgern gekündigt mit dem Ergebnis neuer Pflegesätze für den Zeitraum Juli 2012 bis Juni 2014. Im zweiten Quartal 2014 werden die Pflegekassen wiederum zu neuen Verhandlungen aufgefordert mit dem Ziel ab 01.07.2014 neue, höhere Pflegesätze zu vereinbaren. Kostensteigerungen durch neuen Tarifabschluss und im Bereich der Sachkosten zwingen APH zu diesem Schritt. In diesem Zusammenhang ist zur Einhaltung der Einzelzimmerquote auch der Abbau von je 5 Bettenplätzen in den Einrichtungen am Diek sowie Hölkesöhde vorgesehen.

Die gesondert berechnungsfähigen betriebsnotwendigen Investitionsaufwendungen, die bis zum 31.12.2014 gültig sind, wurden termingerecht im Sommer 2012 für den Zeitraum ab 2013 gestellt und vom Landschaftsverband Rheinland für zwei Jahre beschieden.

Nach den überarbeiteten Plänen für die sieben städtischen Einrichtungen, die sich an den gesetzlichen Vorgaben u. a. des Wohn- und Teilhabegesetzes (WTG) eng orientieren, sind die in Gesprächen mit dem örtlichen Sozialhilfeträger und dem Landschaftsverband in den Vorjahren erörterten Pläne für Ersatzneubauten der Gebäudeteile Haus B und C der Neviandtstraße nicht mehr umsetzbar. Diese beiden alten Gebäudeteile sowie das Kapellengebäude sind zukünftig als Teil der stationären Einrichtungen wirtschaftlich nicht mehr vertretbar und führt dazu, dass diese Häuser vom Markt genommen werden müssen. Die beiden Häuser haben noch Restwerte, die in naher Zukunft das Jahresergebnis von APH einmalig negativ belasten werden. Die Betriebsleitung wird dies in zukünftigen Wirtschaftsplänen entsprechend berücksichtigen.

Positiv ist dabei, dass derzeit eine Anfrage zum Kauf dieser Gebäudeteile vorliegt. Die Anfrage wird im zweiten Halbjahr 2014 möglichst umgesetzt. Allerdings muss die Betriebsleitung vorher ein Verkehrswertgutachten von der städt. Bewertungsstelle erstellen lassen sowie die Gremien um Zustimmung bitten.

Bezüglich der Aufnahme von Finanzmitteln seitens APH über die Stadt Wuppertal fand ein ausführliches Gespräch zwischen Bezirksregierung, Kämmerer und APH in Düsseldorf statt; Grundsätzlich hat sich die Kommunalaufsicht positiv geäußert. Vor Beginn des Umbaus muss APH der Bezirksregierung einen Bericht über die Situation des Wuppertaler Pflegemarktes senden.

Insgesamt haben APH einen Zeitplan für die Umsetzung der baulichen Maßnahmen im Rahmen des Wohn- und Teilhabegesetzes des Landes NRW sowie des Pflegegesetzes bis Mitte 2018 erstellt. Zudem gibt es erste Kostenschätzungen im Bereich der Häuser, die über 10 Mio. Euro liegen. Hierin sind selbstverständlich auch Baumaßnahmen im Rahmen der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit der stationären Einrichtungen einbezogen. Das geschätzte Budget kann sich noch erhöhen. Im Ergebnis muss klar bleiben, dass APH dieses Budget und Nebenkosten alleine erwirtschaften muss. Aufgrund der bislang noch nicht in Kraft

getretenen APG DVO NRW und damit verbundenen feststehenden Regelungen und Vorgaben sind weder Ausschreibungen noch die Baumaßnahmen zum jetzigen Zeitpunkt gestartet.

IV. Prognosebericht

Die Betriebsleitung sieht die APH als großen lokalen Anbieter in einer guten Marktposition und somit gut aufgestellt. Allerdings geht die Betriebsleitung davon aus, dass die Belegung sich zwischen 98 bis 98,5 % auf alle Häuser gerechnet realistisch ist und bleibt. Durch die gute und zukunftsgerichtete Zielgruppenarbeit, die seit Jahren vorangetrieben wird, sollten die gesetzten Ziele erreichbar bleiben. Nachdem die APH die vorbeugenden Brandschutzmaßnahmen weitestgehend abgeschlossen hat, wird ab 2014 verstärkt in qualitative bauliche Verbesserungen investiert werden. Allerdings hat die Betriebsleitung auf Grund der anstehenden gesetzlichen Veränderungen und Neuregelungen die meisten baulichen Maßnahmen zurückgestellt. Für das Jahr 2014 sieht die Betriebsleitung das Ziel des Wirtschaftsplanes 2014 als realisierbar an, in dem ein Jahresüberschuss in Höhe von 83,7 T€ ausgewiesen ist. Allerdings können die vorgenannt dargestellten Gesetzesmaßnahmen zu einmaligen negativen Auswirkungen auf Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung führen. Die Betriebsleitung wird die Jahre 2014 und Folgejahre nutzen, um durch entsprechende Investitionen und Baumaßnahmen den Betrieb noch wettbewerbsfähiger zu gestalten. Dabei wird darauf geachtet, dass die Umsetzungen den gesetzlichen Richtlinien und den Qualitätsansprüchen an eine moderne gesamtheitliche Altenpflege entsprechen.

Die Testphase für zwei Einrichtungen (Am Diek und Hölkesöhde) mit der Essensversorgung durch einen Caterer hat dazu geführt, dass in 2013 eine Ausschreibung erfolgte und seit dem ersten Quartal 2014 alle städtischen Einrichtungen durch einen Caterer mit Mittagessen versorgt werden. Die Produktion der Mittagessen erfolgt in Wuppertal. Hierbei geht es ausschließlich um ein Mittagscatering. Die Essensversorgung von Frühstück und Abendessen sowie allen Zwischenmahlzeiten und Festen werden auch weiter durch eigenes Personal bei APH und APH Service GmbH erfolgen.

Im Fachbereich Senioren und Freizeit werden die APH weiter verstärkt auf Migrationsarbeit setzen. Darüber hinaus ist eine Erweiterung der Zielgruppenarbeit in Vorbereitung. Zweimal jährlich erscheinen Angebote über Reisen und Ausflüge für ältere Menschen aus den verschiedenen Wuppertaler Stadtgebieten.

APH werden zukünftig weiter alternative und/oder ergänzende Wohnformen in stationären Pflegeeinrichtungen planen und umsetzen. Hierbei sind die zukünftig nicht mehr nutzbaren Flächen und Gebäude in der Neviandtstraße einbezogen. Allerdings wird die Betriebsleitung keine Wohnformen vorschlagen, die sich nicht zumindest wirtschaftlich auf Dauer tragen.

Die weitere Fortführung der strukturellen und damit verbundenen baulichen Veränderungen in den Einrichtungen sind ein notwendiges Mittel zur Umsetzung des strategischen Zieles der Vollbelegung aller Häuser der APH. Die Refinanzierung der Instandhaltungsmaßnahmen erfolgt losgelöst von den tatsächlich entstehenden Instandhaltungsaufwendungen.

Trotz des guten Ergebnisses der letzten Pflegesatzverhandlungen im Mai/Juni 2012, bei dem eine durchschnittliche Budgeterhöhung von rd. 4,54 % ausgehandelt werden konnte und die Pflegesätze über alle Heime und Pflegestufen gesehen um bis zu 10 % erhöht wurden, sieht die Betriebsleitung Risiken, die von ihr nicht wesentlich beeinflusst werden können. Da die Pflegesätze ausschließlich prospektiv verhandelt und vereinbart werden, können Kostenveränderungen während der vereinbarten Laufzeit nicht abschließend und vollständig berücksichtigt werden. Insbesondere im Sachkostenbereich kommt es zu plötzlichen und unerwarteten Erhöhungen. Hier sind hauptsächlich die Energiekosten sowie die Kosten für medizinische und pflegerische Produkte zu sehen. Ebenso ist die zwischen den Tarifparteien noch immer nicht abgeschlossene Entgeltordnung risikobehaftet. Diese Entgeltordnung kann aus Sicht der Betriebsleitung ebenso rückwirkende (bis zur Einführung des TVöD im Oktober 2005 im schlechtesten Falle) Folgekosten nach sich ziehen. Die Zusatzversorgung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist für die Betriebsleitung nicht einschätzbar. In 2013 gab es keine Erhöhung. Ebenso liegt bis dato keine Erhöhungsmitteilung für das Jahr 2014 vor. Darüber hinaus ist der stationäre Pflegebereich einer Fülle von Gesetzen und Vorschriften ausgesetzt, die durch Veränderungen zu zusätzlichen Kosten führen. Hier ist in erster Linie das neue Wohn- und Teilhabegesetz des Landes NRW gemeint, das das bisherige Heimgesetz ab dem Januar 2009 abgelöst hat. Hier gibt es derzeit neue Denkansätze, die zu Änderungen der vorgenannten Gesetze führen werden. Darüber hinaus sind auch zukünftig weitere zusätzliche Verschärfungen von Brandschutzverordnungen und Hygienevorschriften zu erwarten.

V. Chancen- und Risikobericht

Das Land NRW beabsichtigt seit längerem die Refinanzierung der Investitionskosten von Pflegeeinrichtungen zu verändern. Die von der Landesregierung bisher eingebrachten Entwürfe einer Verordnung zur Ausführung des Alten- und Pflegegesetzes NRW und § 92 SGB XI (APG DVO NRW) wurden im Landtag zwar mehrfach beraten, konnten aber nicht verabschiedet werden. Das Inkrafttreten der Verordnung wurde wiederholt verschoben, sollte in 2012/2013 und Anfang 2014 bereits rechtskräftig werden. Nunmehr ist Anfang 2016 ins Auge gefasst. Hintergrund der Verschiebungen ist, dass insgesamt keine einvernehmliche Lösung der beteiligten Akteure gefunden wird. Nunmehr wurden die Gespräche über mögliche Änderungen wieder aufgenommen. Aufgrund der Entwicklung in den vergangenen Wochen und Monate auf Landesebene ist augenblicklich nicht davon auszugehen, dass der vorliegende Entwurf der APG DVO NRW in dieser Form erlassen wird. Da maßgebliche Inhalte des vorliegenden Entwurfs der APG DVO NRW gesetzlich geregelt werden müssen, bedarf es hierzu einer eigenständigen gesetzlichen Regelung, die bis dato noch aussteht. Aus heutiger Sicht und nach Rücksprache mit vielen Experten ist davon auszugehen, dass die für die Zukunft geltenden neuen Finanzierungsregelungen aus heutiger Sicht spätestens mit Wirkung zum 01. Januar 2016 in Kraft treten.

Seitens der stationären Altenpflegeeinrichtungen aber auch Landschaftsverbände und Städtetag wird Änderungsbedarf an dem Verordnungsentwurf gesehen. Entsprechende Änderungsvorschläge sind auch der Landesregierung unterbreitet worden. Inwieweit Änderungen an dem vorgelegten Entwurf der Verordnung vorgenommen werden, kann von der Betriebsleitung allerdings nicht abschließend beurteilt werden.

Allerdings besteht das Risiko, dass sich durch den Erlass der APG DVO NRW die Refinanzierung der Investitionskosten für die APH zukünftig deutlich verschlechtert, wenn die Regelungen in der beabsichtigten Form weitestgehend umgesetzt werden. Dies ist insbesondere auf die Rechtsprechung des Bundessozialgerichtes (BSG) aus dem Jahre 2011 zurückzuführen. Insoweit befürchtet die Betriebsleitung, dass wesentliche Elemente des vorliegenden Entwurfs der APG DVO NRW sich auch in einer gesetzlichen Regelung wiederfinden werden. Dies hätte einerseits negative Auswirkungen auf die zukünftige Ertragslage der APH. Andererseits wird eine feststehende Veränderung der Refinanzierungsbedingungen für Investitionskosten voraussichtlich auch eine Überprüfung der

Wertansätze für das Anlagevermögen erforderlich machen, die dann gegebenenfalls einen Abwertungsbedarf in der Bilanz nach sich ziehen könnte.

Die Betriebsleitung möchte hier insbesondere auf die nennenswerten Refinanzierungsanteile für Abschreibungen auf sonstige Anlagegüter verweisen, denen bei der APH aktuell kein nennenswerter Aufwand gegenübersteht. Da APH auch wie viele andere Bestandseinrichtungen der stationären Pflege positive Ergebnisbeiträge des investiven Bereichs zur Verlustabdeckung im operativen Pflegebereich verwendet bzw. verwendet hat, würden diese bei weitestgehender Umsetzung des Entwurfs der APG DVO NRW dann in Zukunft wegfallenden Deckungsbeiträge aus dem investiven Bereich den Druck im operativen Bereich deutlich erhöhen. Dies müsste zukünftig dazu führen, dass es bei den zukünftigen Vereinbarungen mit den Pflegekassen zu überproportionalen Preissteigerungen kommen wird. (Die Pflegesätze müssten zukünftig so vereinbart werden, dass die anfallenden und nachweisbaren Ausgaben komplett in den Pflegesatz einfließen. Auch hierzu gibt es höchstrichterliche Entscheidungen, die ebenso anzuwenden sind, z. B. komplette Übernahme der Tarife und Unternehmergewinne zwischen 3 – 4 %).

Auch die Refinanzierung langfristiger Anlagegüter (wie Gebäude) würde sich bei weitestgehender Umsetzung des Entwurfs der APG DVO NRW verändern. Es wäre zukünftig nicht mehr davon auszugehen, dass angenommene Nutzungsdauern von über 50 Jahren hinaus akzeptiert werden könnten. D. h. es würde dann über die 50 Jahre hinaus keine refinanzierten historischen Anschaffungs- und Herstellungskosten mehr geben. Dies würde ggf. im Ergebnis dazu führen, dass außerplanmäßige Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wegen voraussichtlicher dauernder Wertminderung geboten sein könnten.

Sonstige Anmerkungen

Alle von den APH nicht beeinflussbaren Aufwandserhöhungen sind eine Gefahr für einen wirtschaftlich zu führenden Betrieb. Die APH haben keine Reserven, um zusätzliche Aufwendungen, die von außen in den Betrieb getragen werden, im operativen Geschäft aufzufangen. Aufgrund ihrer nachfragegerechten und flexiblen Reaktionen auf dem lokalen Pflegemarkt, werden die APH als größter Anbieter ihre sozialen Kompetenz und Verpflichtung gegenüber den Bürgern und Bürgerinnen dieser Stadt auch zukünftig erfüllen. Dabei muss der Betrieb

wirtschaftlich und auskömmlich arbeiten. Die konsequente und kontinuierliche Politik der Einsparung und Kostenreduzierung (z.B. durch Budgetierung, Mitarbeitermotivierung usw.), die die Betriebsleitung weiterhin umsetzt, sind hierfür ein Garant. Die in den kommenden Jahren noch notwendigen Investitionen und Bauunterhaltungsmaßnahmen, die aus eigenen Mitteln (und ggf. Fördermitteln) bestritten werden, sind zur wirtschaftlichen Zukunftssicherung des Eigenbetriebes zwingend notwendig. Daneben ist die Qualität, die in den Einrichtungen auf hohem Niveau gehalten wird, für eine hohe Auslastung entscheidend.

Wuppertal, den 26.08.2014

Renziehausen
Betriebsleiter

Darlehensverbindlichkeiten zum 31. Dezember 2013

Darlehensgeber	Verwendungszweck	Darlehens- nummer	Ursprungs- schuld	Stand 1.1.2013	Zugang	Tilgung	Stand
			EUR	EUR	EUR	EUR	31.12.2013 EUR
Wohnungsbauförderungsanstalt	Hölkesöhde	4305 064	763.294,02	409.831,24	0,00	409.831,24	0,00
Wohnungsbauförderungsanstalt	Cronenberg	4305 074	2.046.840,47	1.464.668,30	0,00	1.464.668,30	0,00
Wohnungsbauförderungsanstalt	Cronenberg	4305 098	79.050,33	56.566,41	0,00	56.566,41	0,00
Deutsche Kreditbank AG	Hölkesöhde/Cronenberg	-	1.931.065,95	0,00	1.931.065,95	65.575,89	1.865.490,06
Wohnungsbauförderungsanstalt	Vogelsangstraße	4305 078	620.319,76	463.045,10	0,00	7.463,66	455.581,44
Westdeutsche Landesbank	Vogelsangstraße	4345 059	61.022,69	12.204,61	0,00	2.219,00	9.985,61
Westdeutsche Landesbank	Vogelsangstraße	4345 079	13.796,57	5.702,38	0,00	367,92	5.334,46
Westdeutsche Landesbank	Vogelsangstraße	4345 080	18.025,31	7.857,27	0,00	462,18	7.395,09
Westdeutsche Landesbank	Vogelsangstraße	4345 081	56.884,94	25.202,25	0,00	1.440,12	23.762,13
Westdeutsche Landesbank	Obere Lichtenplatzer Straße	4345 058	103.025,31	73.779,41	0,00	1.329,36	72.450,05
Westdeutsche Landesbank	Obere Lichtenplatzer Straße	4345 063	520.878,60	380.273,43	0,00	6.391,14	373.882,29
Westdeutsche Landesbank	Obere Lichtenplatzer Straße	4345 072	16.977,92	5.659,33	0,00	514,48	5.144,85
Westdeutsche Landesbank	Neviantstraße	4345 068	1.857.779,05	1.374.096,84	0,00	21.985,56	1.352.111,28
Westdeutsche Landesbank	Neviantstraße	4345 101	575.042,31	262.673,60	0,00	14.198,58	248.475,02
Landschaftsverband Rheinland	Neviantstraße	4355 001	164.400,79	59.565,51	0,00	4.765,24	54.800,27
Westdeutsche Landesbank	Am Diek	4345 084	4.464.498,45	2.480.277,00	0,00	90.191,88	2.390.085,12
Stadtverwaltung Wuppertal	Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal	-	10.225.837,62	4.823.448,98	0,00	380.412,34	4.443.036,64
Stadtverwaltung Wuppertal	Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal	-	900.000,00	761.552,15	0,00	23.773,30	737.778,85
Stadtverwaltung Wuppertal	Beteiligung APH Service GmbH	-	74.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
			<u>24.492.740,09</u>	<u>12.666.403,81</u>	<u>1.931.065,95</u>	<u>2.552.156,60</u>	<u>12.045.313,16</u>

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An die Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal:

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung, der Pflege-Buchführungsverordnung sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 106 GO NRW unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Krefeld, 27. August 2014

Dr. Heilmaier & Partner GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dipl.-Kfm. Nauen
Wirtschaftsprüfer